

# Friederikes Wi(e)dersprüche

Sendung November 2014

## Sendetext mit Quellen und Anhang

- ANT:** Sag' mal, Friederike, wieso nennen die Amerikaner ihren Präsidenten einen lahmen Donald?
- FRI:** Wie kommst Du denn da drauf, Anton?
- ANT:** Aber das stand auf der Titelseite einer amerikanischen Zeitung, die Du auf meinem Schreibtisch liegen gelassen hast!
- FRI:** Lahmen Donald?
- ANT:** Ja, genau so! Da stand: „Obama now a lame Donald Duck“
- FRI:** Ah, jetzt haben wir es! Den Donald hast Du dazu erfunden!
- ANT:** Aber der Duck hieß doch Donald mit Vornamen, oder nicht?
- FRI:** Der Donald Duck war ja auch eine Ente und die Zeitung meinte, Obama sei nach der Wahl eine lahme Ente<sup>1</sup> - „a lame duck“.
- ANT:** Und was heißt denn nun das schon wieder?
- FRI:** Eine lahme Ente wird in Amerika ein Politiker genannt, der noch im Amt ist und entweder nicht zur Wiederwahl antritt oder die Wahl verloren hat!
- ANT:** Und wer ist denn dann der neue Präsident?
- FRI:** Es war ja keine Präsidentenwahl, so ist der Obama noch 2 weitere Jahr im Amt!
- ANT:** Nun versteh' ich gar nichts mehr: er hat die Wahl verloren und ist trotzdem noch 2 Jahre im Amt – als lahme Ente?
- FRI:** Die Wahl ging um den Senat und um das Repräsentantenhaus; und jetzt haben in beiden Häusern die Republikaner die Mehrheit und damit auch das sagen!
- ANT:** Das ist doch völliger Blödsinn: da kann der Obama doch gleich zu Hause bleiben!
- FRI:** Naja, er könnte ja auch versuchen, den politischen Gegner<sup>2</sup> – also die Republikaner – zu überzeugen und dann mit denen die Gesetze machen!
- ANT:** Dann wird aber die eigene Partei – wer ist das eigentlich – also die eigene Partei sehr unzufrieden sein!
- FRI:** Obamas Partei, das ist die demokratische Partei!
- ANT:** Und die anderen – die sind nicht demokratisch?
- FRI:** Die sind auch demokratisch, sie heißen einfach anders! Und Du hast recht: seine eigene Partei, die könnte sehr unzufrieden sein. Da muß der Obama eben Lösungen finden, mit denen beide Parteien einverstanden sind.
- ANT:** Obwohl er die Stimmen der eigenen Partei gar nicht braucht!
- FRI:** Richtig, so ist das!
- ANT:** Das stelle ich mir aber sehr schwierig vor!

<sup>1</sup> Lame Duck (Wikipedia 7.11.2014 unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Lame\\_Duck](http://de.wikipedia.org/wiki/Lame_Duck))

<sup>2</sup> After Election, Obama Vows to Work With, and Without, Congress (New York Times 5.11.2014 unter: [http://www.nytimes.com/2014/11/06/us/politics/midterm-democratic-losses-grow.html?\\_r=0](http://www.nytimes.com/2014/11/06/us/politics/midterm-democratic-losses-grow.html?_r=0))

- FRI:** Es gibt aber auch noch eine andere Möglichkeit für den Präsidenten: den „executive order“<sup>3</sup>.
- ANT:** Und was ist das?
- FRI:** Obama kann – wie in einer Ausführungsbestimmung – mit einem executive order Gesetze so ändern, dass auch andere Ziele erreicht werden als die ursprünglich vorgesehenen!
- ANT:** Na, das hat sicher Grenzen!
- FRI:** Dann gibt es immer noch eine weitere Möglichkeit für den Präsidenten: den executive order, der sich auf die Verfassung bezieht. In dem heißt es: „under the authority vested in me by the Constitution“ - also „mit der Autorität, die mir von der Verfassung gegeben ist“.
- ANT:** Da kann der ja fast machen, was er will!
- FRI:** Na, nicht ganz! Erstens kann der Congress ein Gesetz erlassen, das im Gegensatz zu dem executive order steht und damit den Order unwirksam macht; und zweitens kann dieser Order auch von den Gerichten untersucht und gegebenenfalls nieder geschlagen werden.
- ANT:** Das dauert aber sicher lange!
- FRI:** Das kann schon sein! So hat Präsident George W. Bush 2001 Executive Order 13233 erlassen, nach dem die Papiere der früheren Präsidenten nicht der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen sollten; die amerikanischen Archivare haben das kritisiert, weil damit ein früheres Gesetz verletzt wird. Erst Präsident Obama hat im Januar 2009 diesen Order zurück gezogen.
- ANT:** Und jetzt muß Obama selbst zu dem executive order greifen, wenn er seine Ideen durch setzen will?
- FRI:** Ja, aber in den nächsten Wochen könnte er noch einiges im Congress durchsetzen, denn der neue Congress<sup>4</sup> tritt erst im Januar zusammen; bis dahin ist der alte Congress noch beschlußfähig.
- ANT:** Na, da kommt wohl auch noch Weihnachten dazwischen.
- FRI:** Obama hat auch schon eine Gesetzesinitiative<sup>5</sup> genannt, die er mit executive order durch bringen will: in Amerika leben etwa 10 Millionen Ausländer, die illegal eingereist sind und keine Papiere haben – meist Menschen aus Mittel- und Südamerika.
- ANT:** Das sind bestimmt die Arbeiter auf den Baumwoll- und Gemüsefeldern, die wenig verdienen.

<sup>3</sup> Executive order (Wikipedia 25.11.2014 unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Executive\\_Order](http://de.wikipedia.org/wiki/Executive_Order))

<sup>4</sup> Senate Democrats plan a legislative rush before power shifts to the GOP (Washington Post 27.11.2014 unter: [http://www.washingtonpost.com/business/economy/senate-democrats-plan-a-legislative-rush-before-power-shifts-to-the-gop/2014/11/06/48559692-65ed-11e4-836c-83bc4f26eb67\\_story.html](http://www.washingtonpost.com/business/economy/senate-democrats-plan-a-legislative-rush-before-power-shifts-to-the-gop/2014/11/06/48559692-65ed-11e4-836c-83bc4f26eb67_story.html))

<sup>5</sup> For Obama, Executive Order on Immigration Would Be a Turnabout (New York Times 17.11.2014 unter: <http://www.nytimes.com/2014/11/18/us/by-using-executive-order-on-immigration-obama-would-reverse-long-held-stance.html>)

Obama, Daring Congress, Acta to Overhaul Immigration (New York Times 20.11.2014 unter: <http://www.nytimes.com/2014/11/21/us/obama-immigration-speech.html>)

- FRI:** Ja und die könnten jeden Tag ausgewiesen werden. Aber Amerika würde zusammen brechen, wenn die plötzlich weg wären.
- ANT:** Das muss doch jeder einsehen, dass die wirklich gebraucht werden.
- FRI:** Obama hat gesagt, dass er dieses Problem durch einen executive order lösen will, denn der Congress hat die Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes seit langem immer wieder verzögert.
- ANT:** Und jetzt? Werden die nicht gerichtlich gegen so ein Gesetz vorgehen?
- FRI:** Obama hat sich auch in einer Fernsehansprache<sup>6</sup> an die Bevölkerung gewandt und einen Bibelspruch<sup>7</sup> zitiert: „we shall not oppress a stranger for we know the heart of a stranger – we were strangers once, too!“ - Die Fremdlinge sollen wir nicht unterdrücken, denn wir wissen um der Fremdlinge Herz – wir waren auch einmal Fremde gewesen!“
- ANT:** Schön, die Fremden müssen dort auch leben können!
- FRI:** Ja, sie sollen offiziell Arbeitspapiere bekommen.
- ANT:** Und wie soll das geschehen?
- FRI:** Es gibt in den USA ein Gesetz, das „Deferred Action for Childhood Arrivals“ heißt und das ursprünglich die Kinder von eingewanderten Amerikanern zu legalen Bürgern machte; Präsident Reagan und später Präsident George W. Bush erweiterten das Gesetz auf Kinder und Ehefrauen. Präsident Obama wird wahrscheinlich dieses Gesetz auf die Eltern von in Amerika geborenen Kindern erweitern.
- ANT:** Und das sind mehrere Millionen?
- FRI:** Ja, je nachdem, wie der executive order aussieht, könnten das sogar 11 Millionen Menschen sein.
- ANT:** Haben die USA sonst viele Menschen aus Amerika vertrieben?
- FRI:** Ja, es wurden jährlich etwa 400.000 illegale Einwanderer aus dem Land vertrieben.
- ANT:** Da macht sich aber Obama mit seinem executive order sicher sehr unbeliebt, zumindest bei den Republikanern.
- FRI:** Das ist sicher so! Aber die sind untereinander zerstritten; es haben sich in der republikanischen Partei<sup>8</sup> bis jetzt 6 verschiedene Präsidentschaftskandidaten angemeldet – die Wahl ist erst in 2 Jahren.
- ANT:** Hat das was mit der Teaparty zu tun?

<sup>6</sup> Obama's potential immigration plan could enter uncharted territory (Washington Post 17.11.2014 unter: [http://www.washingtonpost.com/politics/obamas-potential-immigration-plan-could-enter-uncharted-territory/2014/11/17/3e5be738-6dde-11e4-ad12-3734c461eab6\\_story.html](http://www.washingtonpost.com/politics/obamas-potential-immigration-plan-could-enter-uncharted-territory/2014/11/17/3e5be738-6dde-11e4-ad12-3734c461eab6_story.html))

Obama Plan May Allow Millions of Immigrants to Stay and Work in U.S. (New York Times 13.11.2014 unter: [http://www.nytimes.com/2014/11/14/us/obama-immigration.html?emc=edit\\_th\\_20141114&nl=todaysheadlines&nid=59905341&\\_r=0](http://www.nytimes.com/2014/11/14/us/obama-immigration.html?emc=edit_th_20141114&nl=todaysheadlines&nid=59905341&_r=0))

<sup>7</sup> Nach 2. Moses 23:9

<sup>8</sup> A Deep Republican Presidential Field Reflects Party Divisions (New York Times 22.11.2014 unter: [/a-deep-2016-republican-presidential-field-reflects-divisions-in-age-and-ideology.html?emc=edit\\_th\\_20141123&nl=todaysheadlines&nid=59905341&\\_r=0](http://www.nytimes.com/2014/11/22/us/politics/a-deep-republican-presidential-field-reflects-divisions-in-age-and-ideology.html?emc=edit_th_20141123&nl=todaysheadlines&nid=59905341&_r=0))

- FRI:** Ja, denn die Teaparty<sup>9</sup> fühlt sich von den Republikanern völlig überfahren; sie haben zwar einige ihrer Kandidaten durchgebracht, aber auch die sind mehr oder weniger nur noch Republikaner.
- ANT:** Dann ist es ja vielleicht für Obama gar nicht so schwer, noch einiges durch den Congress zu bringen?
- FRI:** Besonders, da er ja auch erklärt hat, dass er mit dem Congress zusammen arbeiten will. Auf einer Pressekonferenz sagte Obama<sup>10</sup>: „My job over the next couple of years is to do something practical, concrete things as much as possible with Congress“ und dann „If it's not possible with Congress, on my own“.
- ANT:** Und das auf deutsch?
- FRI:** „Meine Aufgabe für die nächsten zwei Jahre ist einige praktische, solide Dinge so weit als möglich mit dem Kongreß und wenn es nicht mit dem Kongress geht, dann mit meinen Möglichkeiten!“
- ANT:** Da bin ich aber gespannt....
- FRI:** Erinnerst Du Dich, Anton, noch an Dick Marty?
- ANT:** An den Dicken Martin? Nein, woher soll ich den denn kennen?
- FRI:** Nicht Dicken Martin – (betont) Dick Marty, ein Schweizer Staatsanwalt, der als Sonderberichterstatter des Europarats die Menschenrechtsslage im Kosovo überprüfen sollte<sup>11</sup>!
- ANT:** Ach der! Hat der nicht behauptet, dass im Kosovo sogar Menschen umgebracht worden sind, um deren Organe zu verkaufen?
- FRI:** Ja, Dick Marty hat für den Europarat einen 55 Seiten dicken Bericht geschrieben, der sich auf zahlreiche Zeugenaussagen und Geheimdienstinformationen stützt<sup>12</sup>. Danach sollen der damalige kosovarische Ministerpräsident Hashim Thaci und hochrangige Leute der UCK, der kosovarischen Befreiungsarmee, in schwerste Menschenrechtsverletzungen verwickelt gewesen sein.
- Ant:** Stimmt, wir haben darüber schon mal gesprochen<sup>13</sup>.
- Fri:** Im Sommer 1999, nach dem Abzug der serbischen Streitkräfte sollen zahlreiche Serben und oppositionelle Kosovo-Albaner festgehalten und gefoltert worden sein, ehe sie auf ungeklärte Weise verschwanden<sup>14</sup>.

<sup>9</sup> With Fear of Being Sidelined, Tea Party Sees the Republican Rise as New Threat (New York Times 8.11.2014 unter: <http://www.nytimes.com/2014/11/09/us/politics/before-battling-democrats-gop-is-fighting-itself-.html>)

<sup>10</sup> After midterms, Obama resolute about his final years as president (WashingtonPost 5.11.2014 unter: [http://www.washingtonpost.com/politics/after-midterms-obama-resolute-about-his-final-years-as-president/2014/11/05/fdd20ba4-6534-11e4-836c-83bc4f26eb67\\_story.html](http://www.washingtonpost.com/politics/after-midterms-obama-resolute-about-his-final-years-as-president/2014/11/05/fdd20ba4-6534-11e4-836c-83bc4f26eb67_story.html))

<sup>11</sup> Thaci hat Serben angeblich Organe entnehmen lassen (Die Welt. 15.12.2010)

<sup>12</sup> 12.12.2010, Committee on Legal Affairs and Human Rights Inhuman treatment of people and illicit trafficking in human organs in Kosovo\* (1 Report., Rapporteur: Mr Dick Marty, Switzerland, Alliance of Liberals and Democrats for Europe)

<sup>13</sup> Vgl. Friederike`s Wi(e)dersprüche 01/2011 und 03/2011

<sup>14</sup> Schauerliches über Regierungsspitze (NZZ 16.12.2010)

- ANT:** Und diesen Menschen wurden dann Organe entnommen, um sie verkaufen zu können? Wie ekelhaft!
- FRI:** Dafür sprechen die Zeugenaussagen; Marty konnte allerdings nach mehr als zehn Jahren keine eindeutigen Beweise wie Leichen oder Leichenteile vorlegen und wurde deswegen von Thaçi und seinen Leuten auf's übelste beschimpft<sup>15</sup>.
- ANT:** Ob sich das je aufklären lässt?
- FRI:** Im Jahr 2011 hat die EU-Mission im Kosovo (EULEX) den amerikanischen Staatsanwalt Clint Williamson eingesetzt, der diese Vorwürfe und die jetzige Menschenrechtsslage überprüfen soll.
- Ant:** Ein amerikanischer Staatsanwalt – jetzt im Kosovo – das stelle ich mir auch nicht gerade einfach vor.
- Fri:** Clint Williamson hatte vorher am Internationalen Gerichtshof für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag an den Ermittlungen gegen Slobodan Milosevic mitgewirkt und serbische Kriegsverbrechen im Kosovo untersucht<sup>16</sup>.
- Ant:** Dann kennt er sich ja aus und man kann ihm nicht vorwerfen, einseitig Partei für die Serben zu nehmen.
- Fri:** Er hat fast drei Jahre ermittelt und hunderte von Zeugen dort und in anderen Ländern befragt und tausende Seiten von Dokumenten studiert.
- ANT:** Und was hat er festgestellt?
- FRI:** In seinem umfangreichen Bericht<sup>17</sup> steht: Nachdem der Kosovo unter westlicher Duldung sich selbständig gemacht hatte, wurden viele Serben, aber auch Roma und andere Minderheiten, die im Kosovo bleiben wollten, unter Druck gesetzt, vertrieben und zum Teil auch ermordet<sup>18</sup>.
- ANT:** Jetzt – nach dem Kosovo-Krieg - geht es nicht mehr um die Verbrechen von serbischer Seite. Wollten die neuen Machthaber einen ethnisch reinen Kosovo haben?
- FRI:** Genau so sieht das aus! Williamson führt aus, dass die Verbrechen nicht nur von einzelnen besonders brutalen Individuen begangen worden sind, sondern in einer organisierten Form unter Billigung gewisser Führungspersönlichkeiten der UCK<sup>19</sup>.
- ANT:** Und wie ist das mit dem Organhandel?
- FRI:** Zumindest in einzelnen Fällen hat es das wirklich gegeben; aber – so Williamson – da inzwischen 15 Jahre vergangen sind, hat seine Kommission noch nicht genügend Beweise sammeln können, die für eine Anklage ausreichen.
- ANT:** Der Marty ist doch damals so sehr beschimpft worden, aber mehr oder weniger war es doch richtig, was in seinem Bericht stand!

<sup>15</sup> Dick Marty (Wikipedia, letzter Zugriff: 3.11.2014)

<sup>16</sup> Das Versagen des Westens im Kosovo (NZZ 08.08.2014)

<sup>17</sup> SITF (Statement of the Chief Prosecutor of the Special Investigative Task Force, 29. Juli 2014)

<sup>18</sup> a.a.O., (General Findings)

<sup>19</sup> a.a.O. (General Findings)

- FRI:** Ja, das stimmt!
- Ant:** Und die EU? Die war doch nach dem Kosovo-Krieg dort. Hat sie denn nichts mitbekommen?
- Fri:** Williamson sagt , dass die EU mit ihrer KFOR, ihrer UNMIK und ihrer EULEX total versagt hat.
- ANT:** Und nun soll ein Gerichtshof die Täter verurteilen?
- FRI:** Ja, das stimmt! Williamson sagt auch noch was anderes: einige von denen, die er beschuldigt, stehen heute in führenden Positionen im Kosovo.
- ANT:** Dann gehören doch auch diese Leute vor Gericht.
- FRI:** Genau so ist es, Williamson fordert jetzt die zügige Einrichtung und Finanzierung eines EU-Gerichtshofes, der die Täter anklagen und verurteilen soll.
- ANT:** Aber es gibt doch den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien.
- FRI:** Dieser Gerichtshof ist durch die UN eingesetzt worden für schwerste Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen und seine Zuständigkeit endete mit dem Ende des Kosovokrieges im Juni 1999<sup>20</sup>.
- ANT:** Dann muss aber sofort ein neues internationales Gericht eingerichtet werden.
- FRI:** Wir können nur hoffen, dass es schon im nächsten Jahr seine Arbeit wird aufnehmen können. Aber ob dann noch irgendetwas aufgeklärt werden kann, das steht wohl in den Sternen.

### **Kleine Pause**

- ANT:** Hast Du, Friederike, schon den Friedenswinter<sup>21</sup> unterschrieben?
- FRI:** Was? Den Friedenswinter?
- ANT:** Ja, genau! Das ist ein gemeinsamer Aufruf von vielen Friedensorganisationen, auch von Umweltverbänden und so.
- FRI:** Von wem zum Beispiel?
- ANT:** Zum Beispiel von der DFG-VK, vom Versöhnungsbund, dem Komitee für Grundrechte, dem Netzwerk Friedenssteuer, und dann noch von vielen Einzelpersonen.
- FRI:** Und was fordern die?
- ANT:** Insgesamt 8 Punkte! Ich lese die mal vor!
- FRI:** Anton, das dauert zu lange! Sag mal einen, der zu uns passt!
- ANT:** Ja, hier: „Wir treten ein für eine Politik der Gemeinsamen Sicherheit, die auch Russland mit einbeziehen muss“
- FRI:** Das macht Sinn! Und wo kann ich da unterschreiben?
- ANT:** Ganz einfach im Internet unter der Seite „[www.friedenswinter.de](http://www.friedenswinter.de)“
- FRI:** „[www.friedenswinter.de](http://www.friedenswinter.de)“ - das werde ich auch gleich mal unterschreiben!
- ANT:** Im Aufruf wird auch verlangt: Keine Interventionen durchs Militär!
- PAP:** Militär gehört abgeschafft!
- ANT:** Richtig Frieda: Militär gehört abgeschafft!

<sup>20</sup> SITF Statement of the Chief Proscutor of the Special Investigative Task Force (Judicial Process, 29. Juli 2014)

<sup>21</sup> Friedenswinter (unter: <http://www.friedenswinter.de> – siehe Anhang)

## Anhang

### **Aufruf: Friedenswinter 2014/2015 Gemeinsam für den Frieden – Friedenslogik statt Kriegsrhetorik**

Veröffentlicht am [03.11.2014](#) von [Pascal](#)

wurde bisher von über 900 Organisationen und Personen unterschrieben.

Wir sind – wie Millionen Menschen in unserem Land und weltweit – tief besorgt. Kriege breiten sich weltweit in einer immensen Geschwindigkeit aus, sie kehren mit dem Krieg in der Ukraine nach Europa zurück.

Hunderttausende Tote und Verwundete, Millionen Flüchtlinge, noch mehr Hunger und Armut sind die dramatischen Folgen von Kriegen, die primär für wirtschaftliche und geostrategische Interessen geführt werden – in Europa, im Nahen/Mittleren Osten, Afghanistan und in anderen Ländern. Die NATO und besonders die USA führen weltweit völkerrechtswidrige Kriege und geben 72% der weltweiten Rüstungsausgaben aus. Die Bundesregierung ist ein aktiver Bestandteil dieser militaristischen Politik.

Politische Führungskräfte überall auf der Welt sagen uns, noch mehr (High-Tech-) Waffen, Drohnen und eine Automatisierung der Kriegsführung sowie mehr Soldaten seien sinnvoll; noch mehr Rüstung, Waffenexporte und die Ausweitung des Krieges wären notwendig, um Frieden zu schaffen. Wir aber wissen, mit mehr Krieg und noch effizienteren Waffen wird es keinen Frieden geben. Die „Logik des Krieges“ muss weltweit durch die Logik des Friedens abgelöst werden – und wir müssen jetzt hier bei uns damit anfangen.

Wir kritisieren die häufig tendenziöse Berichterstattung in den Medien, die zur Produktion von Feindbildern beiträgt.

Der Weg der Konfrontation und der Gewalt, des Hasses und der Vernichtung muss überwunden werden – gerade als Lehre aus zwei Weltkriegen und Faschismus.

Wir wollen Frieden und Überwindung von Gewalt überall auf der Welt und durch eine umfassende Abrüstung eine Welt ohne Waffen schaffen. Konflikte müssen zivil gelöst werden. Dialog, Verhandlung und das Menschenrecht auf Frieden sind unsere Werte. Die Politik der Gemeinsamen Sicherheit muss das Denken und Handeln bestimmen.

Wir brauchen die 1,35 Billionen Euro, die jedes Jahr für Rüstung ausgegeben werden, für die Überwindung von Hunger und Armut, für Ökologie und Bildung. Die globalen Herausforderungen, die uns und unseren Planeten Erde bedrohen, sind ohne Abrüstung, ohne Frieden nicht zu bewältigen.

Wir wollen:

Kooperation statt Konfrontation! Wir treten ein für eine Politik der Gemeinsamen Sicherheit, die auch Russland mit einbeziehen muss.

Für eine Zukunft ohne NATO! Ja zur OSZE und zu einer reformierten, demokratisierten UNO. Eine friedliche Welt ist möglich und nur eine gerechte Welt kann eine friedliche sein.

Wir wissen: Wir werden unser Ziel, Frieden schaffen ohne Waffen, die Träume von Martin Luther King, Berta von Suttner, Mahatma Gandhi und Rosa Luxemburg nicht heute und sofort erreichen. Wir werden es nur erreichen, wenn wir uns und viele andere sich engagieren und wir gemeinsam den Frieden in unsere Hände nehmen.

Den Menschenrechten, dem Völkerrecht und der internationalen Solidarität gilt unser aktives Handeln. Rassismus und Faschismus lehnen wir entschieden ab.

Frieden braucht Mut, Engagement und Solidarität.

Dafür setzen wir uns – regional, national und international vernetzt – im Friedenswinter 2014/2015 ein und fordern alle zum Mitmachen auf.